

Friedrich Marona, Schulleiter der Gesamtschule Duisburg-Marxloh

Einrichtungen der Jugendhilfe als Bildungspartner von Schulen in sozialen Brennpunkten (1)

Charakteristika der Einrichtung

Die Gesamtschule Duisburg-Marxloh liegt in einem Gebiet mit besonderem Erneuerungsbedarf. Sie hat etwa 600 Schülerinnen und Schüler, von denen über 70 Prozent einen Migrationshintergrund haben.

Die Schüler/innen meiner Schule waren offensichtlich unvorsichtig bei der Wahl ihrer Eltern:

(1) Die Eltern sind leider keine türkischen Geschäftsleute, sondern einfache Landbevölkerung, die zur körperlichen Arbeit nach Deutschland gekommen war. Ländliche Vorstellungen bestimmen das Leben. Das Bildungsniveau der Großeltern und Mütter ist oft auf nur fünf Volksschuljahre beschränkt. Daher kommen den Eltern ihre Kinder mit zehnjähriger Schulpflicht wie Wissenschaftler vor – die auch viel Übersetzungshilfen leisten müssen, z. B. bei Arztbesuchen usw. –, aber für die gestiegenen Anforderungen des Arbeitsmarktes hat man wenig Verständnis.

(2) Die Eltern sind oft sehr arm (jeder sechste Schüler lebt von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt) und wenig flexibel beim Ausgleich der Folgen von Wechselschichten: die Kinder kommen ohne Frühstück zur Schule. Es entwickeln sich keine Berufsvorstellungen, der Kontakt zur Schule ist trotz vielfältiger Einladungen spärlich.

(3) Auch wenn Kinder für die gymnasiale Oberstufe geeignet sind, werden sie aus finanziellen Gründen nicht bis zum Abitur zur Schule geschickt, Kollegschul-Angebote mit kombinierter Berufsausbildung werden eher angenommen. Die Folge für die Schule ist, dass die GE Marxloh keine eigene gymnasiale Oberstufe hat und mit der Nachbar-Gesamtschule kooperiert.

Die Schüler/innen waren ebenso unvorsichtig bei der Wahl des Wohnortes:

(1) Der Strukturwandel in der Stahlindustrie führte zur Entlassung Tausender und zur Rationalisierung: Zwei Großhochöfen schaffen so viel wie früher 10 bis 15 Hochöfen. Die Spezialisierung auf besondere Stähle (Autobau, Edelstahl, beschichteter Stahl) sichert Arbeit nur für hochqualifizierte Arbeitnehmer/innen.

(2) Die Stadt Duisburg hat 500 000 Einwohner/innen, aber nur für 300 000 Bürger/innen

Steuern. So wurden Hallenbad und Freibad geschlossen, beim Allgemeinen Sozialen Dienst bearbeitet jeder Mitarbeiter 70-80 Fälle höchster Problemlage.

(3) Duisburg-Marxloh als ehemaliges Oberzentrum ist abgeschlossen wie eine Burg. Türkische Läden, Rechtsanwälte, Ärzte, Satellitenprogramme täuschen „Türkei“ vor und verstellen bei einfachen Leuten den Blick auf tatsächliche Probleme am Arbeitsmarkt und die dazu gehörenden Bildungsnotwendigkeiten für die Zukunft.

Die Schüler/innen hatten (hoffentlich) ein wenig Glück bei der Wahl der Schule:

(1) Die GE Marxloh wurde aufgrund einer Eltern- und Lehrer/inneninitiative vor acht Jahren gegründet, weil die damals bestehenden Gesamtschulen ausländische Schüler/innen jeweils nur in dem im gesamten Stadtgebiet vorkommenden Ausländer/innenanteil von 15 Prozent aufnahmen, im Stadtteil tendiert der Ausländer/innenanteil bei den Schulkindern aber gegen 85 Prozent.

(2) Die Lehrer/innen der Schule versuchen, das Differenzierungsangebot einer Gesamtschule für ausländische Schüler/innen nutzbar zu machen: Türkisch wird als zweite Fremdsprache angeboten, für praktisch Interessierte gibt es viel Unterricht in praktischen Fächern wie Technik, Hauswirtschaft usw..

(3) Durch Kontakte zu Institutionen im Stadtteil versucht die Schule, effektiver und praxisnäher zu arbeiten.

Kooperationsstrukturen im Stadtteil

(1) Der Runde Tisch, der von der Nachfolgeorganisation des ehemaligen Stadtteilprojektes, der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU), gegründet wurde, findet sich erst langsam zusammen. Die Zielstellung, Neues aufzubauen kommt nur langsam voran. Der Einbezug der ausländischen Mitbürger/innen ist noch nicht zufrieden stellend und die Repräsentanz der Jugendlichen ist so gut wie nicht gegeben.

(2) Der Vereinsstammtisch arbeitet weitgehend effektiv, wenn auch ausländische Vereine unterrepräsentiert sind (Moscheevereine und Kirchen machen auch mit, aber je konservativer die Vorstellungen, desto geringer die Mitarbeit).

(3) Der Förderverein Marxloh ist als „Honoratiorenverein“ hilfreich, da oft nur durch das Nutzen von Kontakten geholfen werden kann: Der „Marxloher Mittagstisch“ konnte durch Betteln der Vorsitzenden, Frau Grillo, gesichert werden, das betreute Wohnen für junge Frauen wurde durch eine Ausfallbürgschaft der Grillo-Familien-gesellschaft gesichert, ein Kleinkunstprogramm wird aufgebaut – aber ausländische

Mitbürger/innen tauchen nur wenig auf. (4) Der Arbeitskreis DU11 (Duisburg 11 ist die alte postalische Bezeichnung Marxlohs) ist schon seit langer Zeit tätig. Er vereint Bildungs- und Sozialträger, Schulen, Caritas, Diakonisches Werk, Arbeiterwohlfahrt, Kirchen, Streetwork, Jugendamt, Berufsfördereinrichtungen, Kultureinrichtungen, Jugendzentren usw. Durch selbstbestimmtes Arbeiten – manchmal auch gegen den Widerstand der Verwaltung – konnte schon viel erreicht werden. Die Mitarbeit im AK vermittelt ein breites Bild der Probleme, aber auch der Kooperationsansätze. Zurzeit wird ein „Kulturdinner“ durchgeführt, bei dem ein Abendessen mit unterschiedlichen Kulturangeboten kombiniert wird. Für die Schule bedeutet der AK fruchtbare Kontakte. Es hilft, die Kooperationspartner einmal im Monat regelmäßig zu treffen, statt ihnen ständig hinterher zu telefonieren.

Glücklicherweise gibt es eine Terminkoordination zwischen den vier Kreisen, damit Überschneidungen bei Terminen nicht vorkommen können.

Bildungspartnerschaften zwischen Jugendhilfeeinrichtungen und Schulen

Frage: Welche Spuren hinterlässt die Zusammenarbeit im normalen Lehrplan und im Schulprogramm der Schule? Oder sind die Kooperationen nur „Eintagsfliegen“?

Die Kooperationspartner haben feste Stellen im Jahreslauf bestimmter Schulstufen, bei denen sie im Unterricht vorkommen.

Aber: Zusammenarbeit ist nicht zum Nulltarif möglich, da die anderen Träger auch am finanziellen Limit leben müssen. Manchmal ergeben sich Luftmaschen statt Vernetzung. Andererseits ergibt sich die Möglichkeit für die anderen Träger, über die Schule an ihre Zielgruppe heranzukommen, die sich sonst ihren Angeboten weitgehend entziehen würde. In wenigen Fällen (z. B. bei der Werkkiste) kann die Schule Fördermittel für Berufsorientierung an diese Einrichtung weitergeben, so dass deren Mitarbeit auch finanziell gesichert werden kann.

Verbesserungsmöglichkeiten der Kooperation – Visionen und Herausforderungen

Eine Schule ist nicht die soziale Reparaturwerkstatt der Gesellschaft, aber sie kann Probleme vergrößern oder verkleinern! Einiges sollte sich in Zukunft ändern, so zum Beispiel die Lehrerbildung. Heute sind Lehrer/innen als Fachleute für Unterrichtsfächer ausgebildet. Sie sollten aber auch Fachleute für Unterrichtsmethodik und Soziales sein. Diesen Ausbildungsmangel hat die Pisa-Studie deutlich gemacht.

Die Verlagerung der Lehrerbildung von den Pädagogischen Hochschulen an die Universitäten hat eine stärkere Fachzentrierung hervorgebracht als es sie früher bei der Ausbildung der Grund- und Hauptschullehrer/innen an Pädagogischen Hochschulen gab.

Auch der Einsatz der Lehrer/innen bedarf einer Änderung. Unsere Schulen sind traditionell Halbtagschulen, darauf haben sich die Lehrer/innen eingestellt. Ganztagschulen gelten als anstrengend. Wenn aber (wie z.B. in Finnland) jeder Lehrer von 8.00 bis 17.00 Uhr in der Schule anwesend ist (wie das in allen anderen Berufen üblich ist), haben Konferenzen keinen Schrecken mehr. Es gäbe Zeit genug für pädagogische Planungen und für Förderung. Alle Schulen müssen Ganztagschulen werden, gleichzeitig müssten aber in allen Schulen angemessene Arbeitsplätze für Lehrer/innen geschaffen werden.

Wichtig ist außerdem die Förderung von vernetztem Denken. Stadtteilkonferenzen sind einzurichten, damit Akteur/innen sich kennen lernen und ihre Angebote abstimmen können. Das ist auch in Duisburg nicht selbstverständlich, obwohl das Dezernat für Schule und Jugend in Personalunion verwaltet wird! So wurde der Schule für ein gemeinsames Mediationsprogramm für Sozialpädagoge/innen aus Jugendzentren und für Lehrer/innen aus benachbarten Schulen eine Rechnung vorgelegt, da die Stadt als Schulträger ja nicht für Personalkosten der Lehrer/innen aufkommen müsse. Ob man nicht gemerkt hat, dass beide mit den gleichen Jugendlichen zu tun haben?

Auch auf höherer Ebene ist das so: Das Schulministerium scheint nichts mit dem Jugendministerium zu tun zu haben! Schulen im sozialen Brennpunkt bekommen nicht von vornherein mehr Lehrerstellen für soziale Aufgaben in der Schule. Sie müssen jährlich beantragt und bewilligt werden, obwohl eine dauernde Notwendigkeit vorliegt.

Wer zusammenarbeitet, findet sich auch zumeist sympathisch. Das ist eine alte sozialpsychologische Grunderfahrung! Wenn Zusammenarbeit allen nützt, wird sie auch nicht als Belastung empfunden!